

Pies, Ingo

Working Paper

Mathematik und Ordnungspolitik sind kein Widerspruch: Aber die universitäre Zukunft der Ordnungspolitik ist selbst ein gravierendes Ordnungsproblem

Diskussionspapier, No. 2008-7

Provided in Cooperation with:

Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

Suggested Citation: Pies, Ingo (2008) : Mathematik und Ordnungspolitik sind kein Widerspruch: Aber die universitäre Zukunft der Ordnungspolitik ist selbst ein gravierendes Ordnungsproblem, Diskussionspapier, No. 2008-7, ISBN 978-3-86829-061-5, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale), <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-7476>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170306>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ingo Pies

Mathematik und Ordnungspolitik sind kein
Widerspruch –
Aber die universitäre Zukunft der Ordnungspolitik
ist selbst ein gravierendes Ordnungsproblem

Diskussionspapier Nr. 2008-7

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
hrsg. von Ingo Pies,
Halle 2008

Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-86829-060-8 (gedruckte Form)
ISBN 978-3-86829-061-5 (elektronische Form)
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

Autorenanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Große Steinstraße 73
06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Korrespondenzanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Kurzfassung

Ist die zunehmende Mathematisierung dafür verantwortlich, dass ordnungspolitische Inhalte immer mehr aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Curriculum verdrängt werden? Der vorliegende Beitrag verneint diese Frage. Er plädiert dafür, dass ordnungspolitisch orientierte Ökonomen und stärker formal arbeitende Ökonomen sich nicht wechselseitig als Feindbild betrachten sollten, weil sich die aus einem Mangel an Studierenden resultierende Krise der Volkswirtschaftslehre nur durch gemeinsame Anstrengungen überwinden lässt: durch eine Kooperation zum wechselseitigen Vorteil, bei der die Ordnungspolitik ihre komparative Stärke in der Lehre ausspielt, die Praxisrelevanz ökonomischer Erkenntnisse den Studierenden anschaulich vor Augen führen zu können.

JEL-Klassifikation A11, A12, A22, A23, B25, B52

Abstract

Is the decline of constitutional topics in teaching economics due to the recently strong tendency towards mathematization? The answer to this question, provided by this article, is a clear no. Instead, it is argued that constitutional economists and more formally oriented economists should not regard each other antagonistically because the current crisis of economics, which results from a shortage of students, can only be overcome by a joint effort: a mutually beneficial co-operation, in which constitutional economics makes use of its comparative advantage in proving to students the practical relevance of abstract economic reasoning.

JEL Classification A11, A12, A22, A23, B25, B52

Mathematik und Ordnungspolitik sind kein Widerspruch – Aber die universitäre Zukunft der Ordnungspolitik ist selbst ein gravierendes Ordnungsproblem

Ingo Pies

Der deutsche Wissenschaftsbetrieb befindet sich im Umbruch. Forschung und Lehre werden radikal re-organisiert. Wie es aussieht, könnte die Ordnungspolitik dabei auf der Strecke bleiben. Damit steht eine wichtige ökonomische Denkschule auf dem Spiel, der ein Traditionsabbruch droht: die Verbannung aus universitärer Forschung und Lehre. Die Langzeitfolgen für die Ausrichtung gesellschaftlicher Diskurse und Reformprozesse wären absehbar. Ordnungspolitische Standards würden zunehmend weiter erodieren, weil in der Ausbildung von Führungskräften für Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft ein „Denken in Ordnungen“ immer weniger gelehrt und eingeübt wird, zumal wenn entsprechende Forschungsimpulse fehlen.

In einer derart prekären Lage lassen sich auf Anhieb drei Fehler identifizieren, die unbedingt vermieden werden sollten. Der erste Fehler bestünde darin, in pessimistische Resignation zu verfallen, die Misere der Ordnungspolitik lamentierend zu beklagen – und fatalistisch hinzunehmen. Der zweite Fehler bestünde darin, die Misere der Ordnungspolitik verschwörungstheoretisch erklären zu wollen, indem man sie auf die finsternen Machenschaften missgünstiger Subjekte (z.B. formal orientierter Volkswirte) zurückführt. Der dritte Fehler bestünde darin, sich unnötigerweise in eine ausweglose Frontstellung zu begeben: Wollte man für die Misere der Ordnungspolitik überhandnehmende Mathematisierungstendenzen verantwortlich machen, durch die die Ordnungspolitik aus dem volkswirtschaftlichen Curriculum – und ihre Vertreter von den Besetzungslisten für Lehrstühle – gedrängt und sogar verdrängt werden, so machte man sich eine Frontstellung zu Eigen, in der die Ordnungspolitik von vornherein auf verlorenem Posten steht. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Eine Diagnose, die die formal orientierte Volkswirtschaftslehre (und ihre Vertreter) als Feindbild aufbaut, ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Sie macht eine erfolgreiche Therapie absolut unmöglich. Schickt man die Ordnungspolitik(er) in diesen vermeintlichen „Machtkampf“, so ist ihre Sache von vornherein verloren.

Diese und ähnliche Fehler lassen sich am ehesten vermeiden, indem man der ordnungspolitischen Denktradition treu bleibt – also der Tradition, das Denken zur ordnenden Potenz zu erheben. Als These formuliert: *Die gegenwärtige Misere der Ordnungspolitik ist selbst ein ordnungspolitisches Problem.* Im Wissenschaftsbetrieb sind die Weichen derzeit so gestellt, dass die Ordnungspolitik zum Auslaufmodell degradiert wird. Will man die Ordnungspolitik vom Abstellgleis holen und wieder flott machen, so müssen bestimmte Weichen anders gestellt werden. Das aber werden die Ordnungspolitiker nicht im Alleingang bewerkstelligen (können). Sie benötigen dafür Verbündete, denen man argumentativ klarmachen (können) muss, dass nicht nur die Ordnungspolitiker, sondern auch sie selbst – als Kooperationspartner – von einer Re-Aktualisierung der Ordnungspolitik in Forschung und Lehre profitieren werden.

Im Folgenden seien hierzu einige Überlegungen zur Diskussion gestellt. Sie skizzieren ((1)) den empirischen Befund einer ordnungspolitischen Misere, entwickeln ((2)) eine Diagnose und ((3)) eine darauf aufbauende Therapie.

((1)) Im Zuge des Bologna-Prozesses ist eine Umstellung von Diplom- auf Bachelor- und Masterstudiengänge im Gange, in deren Verlauf ordnungspolitische Inhalte tendenziell ausgedünnt oder gleich ganz aussortiert worden sind. Die neuen Studiengänge sind stärker verschult und insgesamt stromlinienförmiger. Vor allem im Bachelorbereich gibt es deutlich weniger Wahlmöglichkeiten und weniger Optionen, über den disziplinären Tellerrand zu schauen. Umgekehrt zeichnet sich im Masterbereich die Tendenz ab, sehr enge Spezialisierungen zu fördern und hierbei – Stichwort: Mathematisierung – der formalen Theoriebildung und/oder empirischen Methoden einen deutlichen Schwerpunkt einzuräumen.

Aber nicht nur die Lehre, auch die akademische Forschung vermittelt den Eindruck, dass sich die Tradition der Ordnungspolitik tendenziell auf dem Rückzug befindet. Das hat strukturelle Gründe: Bei der Berufung auf Lehrstühle zählen Monographien nicht mehr, weil die Anzahl der Zeitschriftenaufsätze – sowie das Ranking der Zeitschriften, in denen veröffentlicht wird – zum alles dominierenden Kriterium geworden ist. Zumeist handelt es sich um internationale Zeitschriften, bei denen nicht vorausgesetzt werden kann, dass die Herausgeber oder die im Peer-Review-Verfahren eingesetzten Gutachter mit der spezifisch deutschen – und das heißt, um ein drastisches Versäumnis anzusprechen: mit der über Jahrzehnte spezifisch deutsch(sprachig) gebliebenen! – Tradition ordnungspolitischen Denkens sonderlich vertraut wären, von den typischen Lesern dieser Zeitschriften ganz zu schweigen. Das beginnt schon mit den Schwierigkeiten, den Begriff „Ordnungspolitik“ ins Englische zu übertragen. Hinzu kommt, dass die deutschen Texte der Klassiker ordnungspolitischen Denkens in internationalen Journals als nicht zitierfähig gelten, d.h. als Referenzposition nicht anerkannt sind. Hier fehlt es an englischen Übersetzungen. Es fehlt aber auch an (deutsch- und vor allem englischsprachigen) Journals, die insbesondere Nachwuchswissenschaftler dafür gratifizieren würden, sich in ihrer Forschungsarbeit mit ordnungspolitischen Problemstellungen auseinanderzusetzen.

((2)) Will man aus diesem Doppelbefund einer ordnungspolitischen Misere eine Diagnose entwickeln, die zur Therapie befähigt, so muss man sich vor voreiligen und insbesondere irreführenden (Fehl- und Kurz-)Schlüssen hüten: (a) Das Zurückdrängen ordnungspolitischer Inhalte aus dem Curriculum ist durch den Bolognaprozess nicht verursacht worden. Die Krise ist älter. Sie tritt mit der Umstellung von Diplom- auf Bachelor- und Masterstudiengänge jetzt lediglich offen zu Tage, weil es im Prozess der curricularen Umstellung offenbar an Argumenten – und vielleicht auch schon an Vertretern guter Argumente – gemangelt hat. (b) Dass in den Umstellungsprozessen zu wenig Ordnungspolitiker zu Wort gekommen sind bzw. dass sie zu wenig Schlagkraft entfaltet haben, ist eine direkte Folge von Versäumnissen (in der Ausrichtung) ordnungspolitischer Forschung. Offenbar ist es bislang nicht recht gelungen, ordnungspolitische Überlegungen „journalfähig“ zu machen, mit der Folge, dass Nachwuchswissenschaftler sich anders orientieren *müssen*, wenn sie Karriere machen wollen.

Damit sich hier etwas zum Positiven verändern kann, muss die Stoßrichtung für konstruktive Reformbemühungen klar sein. Abb. 1 kann dabei helfen. Sie illustriert – als Trade-Off-Gerade – einen Konflikt zwischen den Interessen ordnungspolitisch ausgerichteter Ökonomen (I_{OP}) und den Interessen formal orientierter Ökonomen (I_{FO}). Zugleich illustriert sie die Möglichkeit, diesen Konflikt durch eine orthogonale Positionierung zu überwinden. Dazu muss man den Denkhorizont so erweitern, dass

gemeinsame Interessen ins Blickfeld geraten und Win-Win-Potentiale wechselseitiger Besserstellung identifiziert werden können.

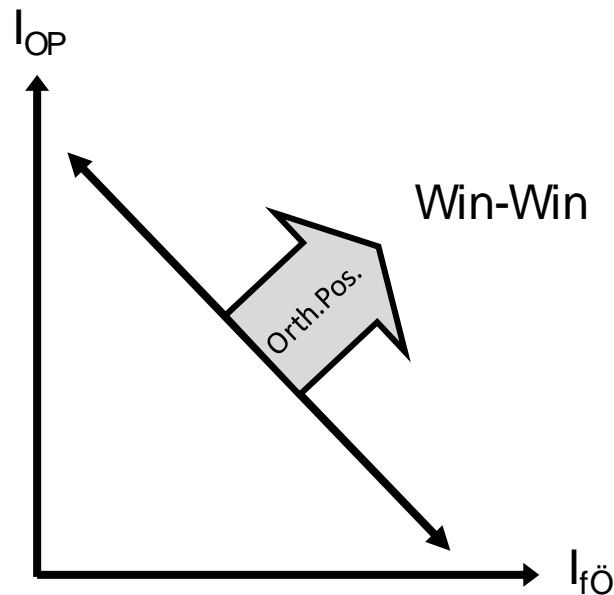


Abbildung 1: Der Interessenkonflikt zwischen ordnungspolitisch und formal orientierten Ökonomen – und seine mögliche Überwindung

Wenn der Eindruck nicht täuscht, dann dominiert bei vielen Ökonomen, aber auch bei vielen Beobachtern des Wissenschaftsbetriebs, die Wahrnehmung, dass es in den letzten Jahren zu einer Bewegung entlang der Trade-Off-Geraden in süd-östlicher Richtung gekommen ist. Die formal orientierten Ökonomen werden als Gewinner, die ordnungspolitisch ausgerichteten Ökonomen spiegelbildlich als Verlierer ausgemacht.

In Wirklichkeit jedoch befinden sich derzeit alle Ökonomen gleichermaßen auf der Verliererstraße. Die Volkswirtschaftslehre insgesamt droht, ein sterbendes Fach zu werden. Ihr gehen die Studierenden aus. Das betrifft zum einen unmittelbar das eigene Fach. Immer weniger Studierende wollen zu Volkswirten ausgebildet werden. Es betrifft aber auch die Studierenden der Betriebswirtschaftslehre, die sich immer weniger für eine rein formale Ökonomik interessieren, zumal diese ihnen tatsächlich wenig bieten kann, wenn es um betriebswirtschaftliche Berufsqualifikationen geht.

Diese Überlegungen lassen sich zu folgender Diagnose bündeln: Die Ordnungspolitik wird aus den Curricula gedrängt; dies aber nicht etwa deshalb, weil sie in der Lehre nichts zu bieten hätte, sondern vielmehr deshalb, weil sie Schwächen in der Forschung aufweist, durch die ihr der wissenschaftliche Nachwuchs abhanden kommt. Die formal orientierte Ökonomik ist in einer ähnlichen, allerdings spiegelbildlich verkehrten Situation: Sie ist in der Forschung stark, hat aber Schwächen in der Lehre, durch die ihr der studentische Nachwuchs abhanden kommt. Die Langzeitfolgen sind klar absehbar: Ressourcenentzug bis hin zur Streichung bzw. Umwidmung von Lehrstühlen.

Abschließend als These formuliert: Der Forschungserfolg der formal orientierten Ökonomen ist ein Pyrrhussieg, wenn es nicht gelingt, wieder mehr Studierende für das eigene Fach zu begeistern. Das kann nur gelingen, wenn man die Praxisrelevanz ökonomischer Erkenntnisse unter Beweis stellt. Hier hat die Ordnungspolitik ihre Stärke. Lässt man sich auf diese Perspektive ein, dann sind die Ordnungspolitik und die formal orientierte Ökonomik natürliche Verbündete: Sie haben ein gemeinsames Problem. Und zur Lösung dieses Problems sind sie aufeinander angewiesen, weil sich das Problem letztlich nur durch eine Kooperation zum wechselseitigen Vorteil (Win-Win) wird beheben lassen.

((3)) Aus dieser Diagnose lassen sich zahlreiche Therapie-Optionen herleiten. Zumindest einige seien nun thesenartig skizziert. Die ersten drei Thesen beziehen sich auf die Lehre, die letzten beiden auf die Forschung.

These 1: An ordnungspolitischen Themen herrscht kein Mangel. Ganz im Gegenteil, der Bedarf an ordnungspolitischen Orientierungsleistungen ist groß und nimmt kontinuierlich zu. Man denke nur an die immer noch unbewältigten Ordnungsprobleme innerhalb Deutschlands, an die Reformnotwendigkeiten innerhalb der Europäischen Union oder an die Herausforderungen an eine funktionierende „global governance“ auf weltgesellschaftlicher Ebene. Aber nicht nur in der vertikalen, auch in der horizontalen Dimension ist die Ordnungspolitik unvermindert aktuell, weil die „Interdependenz der Ordnungen“ nach einem intellektuellen Orientierungsrahmen verlangt, der es ermöglicht, ökologische, soziale, wirtschaftliche, politische und allgemein gesellschaftliche Aspekte integrativ zu behandeln. Hinzu kommt, dass neben den traditionellen ordnungspolitischen Akteuren zunehmend auch zivilgesellschaftliche Organisationen sowie insbesondere Unternehmen als „corporate citizens“ die politische Bühne betreten und sich aktiv an Regelfindungsdiskursen und Regelsetzungsprozessen beteiligen. Im Klartext: Zunehmende Komplexität verlangt nach methodisch kontrollierter Komplexitätsreduktion, die das Denken in die Lage versetzt, sich als ordnende Potenz zu entfalten. Hier hat die Ordnungspolitik den Studierenden viel zu bieten.

These 2: In der Lehre hat die Ordnungspolitik einen komparativen Vorteil darin, die Praxisrelevanz von Erkenntnissen der formalen Ökonomik unter Beweis zu stellen und anschaulich vor Augen zu führen. Sie kann dazu beitragen, die im Studium oft isoliert nebeneinanderstehenden Subdisziplinen der Mikro- und Makroökonomik zu integrieren und für die Strukturierung interessanter Probleme fruchtbar zu machen. Im Klartext: Wenn Ordnungspolitik und formale Ökonomik zusammenarbeiten, anstatt sich – wechselseitig – feindselig zu begegnen, können sie gemeinsam stärker werden.

These 3: Die formal arbeitende VWL befindet sich in einem Spagat zwischen (beeindruckenden) Forschungserfolgen und (mangelndem) Lehrerfolg, durch den das gesamte Fach in eine ernste Existenzkrise hineinschlittert. Dem akademischen Lehrangebot geht die studentische Nachfrage verloren. Unter diesen Bedingungen läuft die rein formal ausgerichtete VWL Gefahr, in eine äußerst prekäre Situation zu geraten, weil ihr die Ressourcen wegbrechen. Aus dieser Lage kann sie sich nur befreien, wenn sie sich – mit Hilfe der Ordnungspolitik – konsequent darauf einstellt, nicht nur zur Ausbildung betrieblicher Führungskräfte, sondern allgemein zur Ausbildung gesellschaftlicher Führungskräfte beizutragen. Dies bedeutet, den Anschluss an andere Disziplinen zu suchen, neben der BWL namentlich an die Rechtswissenschaft, die Soziologie und Politologie sowie an die Medizin und an die Philosophie, insbesondere an die Ethik, aber auch an die Lehrerausbildung sowie an die Journalistenausbildung.

Im Klartext: Ordnungspolitik und formal orientierte Ökonomik können sich gemeinsam neue Märkte in der Lehre erschließen.¹

These 4: Um ihrer gesellschaftlichen Funktion nachkommen zu können, aber auch, um ihre Existenz in Lehre und Forschung zu sichern, bedarf die Ordnungspolitik einer konzeptionellen (Re-)Aktualisierung. Eine Möglichkeit hierzu steht unter der Bezeichnung „Ordonomik“ zur Diskussion.² Sie setzt auf ein rational-choice-basiertes Forschungsprogramm zur Analyse von (Interdependenzen zwischen) Sozialstruktur und Semantik: Mit Hilfe der – formal(isierungsfähig)en! – Theorie sozialer Dilemmata werden sozialstrukturelle Regelarrangements analysiert. Und mit Hilfe eines Mehr-Ebenen-Schemas wird untersucht, wie Regelsetzungsprozesse durch semantische Weichenstellungen in Regelfindungsdiskursen beeinflusst werden. Damit unterbreitet die Ordonomik ein Angebot, wie das traditionelle „Denken in Ordnungen“ durch ein „Denken in Anreizen“ aktualisiert und als Forschungsprogramm zur Generierung wissenschaftlicher Beiträge für eine gesellschaftliche (Selbst-)Aufklärung und (Selbst-)Steuerung zur produktiven Entfaltung gebracht werden kann. Im Klartext: Zunehmende Mathematisierung ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Nur durch sie kann die Ordnungspolitik (wieder) Anschluss an den Forschungsbetrieb herstellen. Und mit der expliziten Analyse der Semantik kann die Ordnungspolitik dazu beitragen, einen blinden Fleck der rein sozialstrukturell orientierten Ökonomik aufzuhellen (und interdisziplinäre Bezüge zum Problem der Normativität herzustellen).

These 5: Die Ordnungspolitik hat nur dann eine Zukunft, wenn es ihr gelingt, Nachwuchswissenschaftler zu gewinnen, die im Wissenschaftsbetrieb erfolgreich Karriere machen (können). Hierfür gibt es zwei Optionen, die sich wechselseitig zu ergänzen vermögen. Zum einen kann man versuchen, formal orientierte Ökonomen für ordnungspolitische Fragestellungen zu interessieren. Zum anderen kann man versuchen, ordnungspolitische Nachwuchswissenschaftler in die Lage zu versetzen, journalfähige Artikel zu schreiben. Für beides fehlt es derzeit an einer geeigneten Infrastruktur, etwa in Form eines Graduiertenkollegs. Im Klartext: Es gibt viel zu tun. Aber ohne eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der formal arbeitenden Ökonomik und der Ordnungspolitik ist es um die akademische Zukunft beider schlecht bestellt.

¹ Um pro domo zu sprechen: In den Bachelor-Studiengängen für Volks- und Betriebswirte sieht die Universität Halle-Wittenberg (Pflicht-)Vorlesungen zur „Angewandten Ökonomik“ und zur „Ethik der Sozialen Marktwirtschaft“ vor, die stark ordnungspolitisch ausgerichtet sind. Im Masterstudiengang „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ gibt es einen engen Schulterschluss zwischen Ordnungspolitik und Ökonometrie. Und im Masterstudiengang „VWL“ steht die interdisziplinäre Vernetzung mit der Soziologie und Politologie im Vordergrund. In allen drei Beispielen erfüllt die Integration ordnungspolitischer Lehrinhalte eine Brücken- und Scharnierfunktion, weil eingeübt wird, wie sich ökonomische Modellerkenntnisse auf eine praxisrelevante Weise gesellschaftlich kommunizieren und implementieren lassen.

² Vgl. Ingo Pies, Markt versus Staat? – Über Denk- und Handlungsblockaden in Zeiten der Globalisierung, in: Politisches Denken. Jahrbuch 2006/2007, hrsg. von K. Graf Ballestrem u.a., Berlin 2007, S. 259-293.

Diskussionspapiere³

- Nr. 2008-7 **Ingo Pies**
Mathematik und Ordnungspolitik sind kein Widerspruch –
Aber die universitäre Zukunft der Ordnungspolitik ist selbst ein gravierendes
Ordnungsproblem
- Nr. 2008-6 **Stefan Hielscher**
Die Sachs-Easterly-Kontroverse:
„Dissent on Development“ Revisited
- Nr. 2008-5 **Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Social Entrepreneurship und Ordnungspolitik:
Zur Rolle gesellschaftlicher Change Agents am Beispiel des Kruppschen
Wohlfahrtsprogramms
- Nr. 2008-4 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Corporate Citizenship as Stakeholder Management:
An Ordonomic Approach to Business Ethics
- Nr. 2008-3 **Ingo Pies, Christof Wockenfuß**
Armutsbekämpfung versus Demokratieförderung: Wie lässt sich der entwicklungs-
politische Trade-Off überwinden?
- Nr. 2008-2 **Ingo Pies**
Markt und Organisation: Programmatische Überlegungen zur Wirtschafts- und
Unternehmensethik
- Nr. 2008-1 **Ingo Pies**
Unternehmensethik für die Marktwirtschaft:
Moral als Produktionsfaktor
- Nr. 2007-23 **Ingo Pies**
Globalisierung und Soziale Marktwirtschaft: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 2007-22 **Hans-Ulrich Zabel**
Nachhaltigkeit mit ethischen Herausforderungen
- Nr. 2007-21 **Klaus Beckmann**
Jon Elster und das Zeitinkonsistenz-Problem
- Nr. 2007-20 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre – Die „Principles for Responsible Management
Education“ des UN Global Compact
- Nr. 2007-19 **Claus Offe**
Die genetische Entschlüsselung der politischen Ordnung
Jon Elster über Selbstbindung und die Verfassungsprozesse in Osteuropa
- Nr. 2007-18 **Ingo Pies, Jörg Viebranz**
Jon Elster und das Problem lokaler Gerechtigkeit
- Nr. 2007-17 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der
Beitrag von Jon Elster.
- Nr. 2007-16 **Ingo Pies, Markus Beckmann, Stefan Hielscher**
Mind the Gap! – Ordonomische Überlegungen zur Sozialstruktur und Semantik
moderner Governance

³ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere der Jahrgänge 2003, 2004 und 2005.

- Nr. 2007-15 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Theorie für die Praxis – Zehn Thesen zur wirtschafts- und unternehmensethischen Ausbildung von Führungskräften
- Nr. 2007-14 **Sabine Campe, Lothar Rieth**
Wie können Corporate Citizens im Global Compact voneinander lernen? Bedingungen, Hemmnisse und Bewertungskriterien
- Nr. 2007-13 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Wie können Corporate Citizens voneinander lernen? Anregungen für den Global Compact der Vereinten Nationen
- Nr. 2007-12 **Ingo Pies**
Unternehmensethik in der Marktwirtschaft: Moral als Produktionsfaktor
- Nr. 2007-11 **Ingo Pies**
Fragen und Antworten – Wie reagiert eine ökonomische Theorie der Moral auf die „Frequently Asked Questions“ zur Wirtschafts- und Unternehmensethik?
- Nr. 2007-10 **Johanna Brinkmann-Braun, Ingo Pies**
The Global Compact's Contribution to Global Governance Revisited
- Nr. 2007-9 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
The International Provision of Pharmaceuticals: A Comparison of Two Alternative Theoretical Strategies for Global Ethics
- Nr. 2007-8 **Markus Beckmann**
NePAD und der African Peer Review Mechanism – Zum Potential politischer Selbstbindung
- Nr. 2007-7 **Karl Homann**
Moral oder ökonomisches Gesetz?
- Nr. 2007-6 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Responsibility and Economics
- Nr. 2007-5 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
Das Problem weltmarktlicher Arzneimittelversorgung:
Ein Vergleich alternativer Argumentationsstrategien für eine globale Ethik
- Nr. 2007-4 **Ingo Pies**
Wie bekämpft man Korruption? – Lektionen der Wirtschafts- und Unternehmensethik
- Nr. 2007-3 **Markus Beckmann**
Ökonomischer Ansatz und die Theorie des Self-Command bei Thomas Schelling
- Nr. 2007-2 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Thomas Schelling
- Nr. 2007-1 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
Das Problem der internationalen Arzneimittelversorgung: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 2006-13 **Ingo Pies**
Ist Konsens im Konflikt möglich? – Zur gesellschaftstheoretischen und gesellschafts-politischen Bedeutung von Metaspielen
- Nr. 2006-12 **Ingo Pies**
Nachhaltigkeit: eine semantische Innovation von welthistorischer Bedeutung
- Nr. 2006-11 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Ordo-Responsibility – Conceptual Reflections towards a Semantic Innovation
- Nr. 2006-10 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Ordnungsverantwortung – Konzeptionelle Überlegungen zugunsten einer semantischen Innovation
- Nr. 2006-9 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Freiheit durch Bindung – Zur ökonomischen Logik von Verhaltenskodizes

- Nr. 06-8 **Ingo Pies**
Methodologischer Hobbesianismus und das Theorieprogramm einer interessenbasierten Moralbegründung
- Nr. 06-7 **Ingo Pies, Peter Sass**
Korruptionsprävention als Ordnungsproblem – Wirtschaftsethische Perspektiven für Corporate Citizenship als Integritätsmanagement
- Nr. 06-6 **Nikolaus Knoepffler**
Projekt „Wirtschaftsethik“. Zur Aufhebung des Ansatzes von Karl Homann
- Nr. 06-5 **Ingo Pies, Alexandra von Winning**
Die UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ und der Beitrag des Global Compact: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 06-4 **Ingo Pies**
Markt versus Staat? – Über Denk- und Handlungsblockaden in Zeiten der Globalisierung
- Nr. 06-3 **Markus Beckmann, Diana Kraft, Ingo Pies**
Freiheit durch Bindung - Zur Logik von Verhaltenskodizes
- Nr. 06-2 **Sören Buttkereit, Ingo Pies**
The Economics of Social Dilemmas
- Nr. 06-1 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Albert Hirschman

Wirtschaftsethik-Studien⁴

- Nr. 2007-1 **Markus Beckmann**
Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship
- Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**
Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik
- Nr. 2005-2 **Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**
Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung
- Nr. 2005-1 **Valerie Schuster**
Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals: Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens
- Nr. 2004-1 **Johanna Brinkmann**
Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

⁴ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>.